Monatsspiegel

Adressaufkleber

Mai 2016

SPD Erlangen

Zeit für mehr Solidarität

Aufruf des DGB Erlangen zum 1. Mai 2016

Die gewerkschaftliche Forderung nach einem Mindestlohn konnte im letzten Jahr flächendeckend umgesetzt werden. Entgegen den Prophezeiungen der Mindestlohn-Gegner wurden keine Arbeitsplätze vernichtet. Im Gegenteil – sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze nahmen zu. Nichts kommt von allein. Und so manches muss gegen erheblichen Widerstand durchgesetzt werden. Das ist die Geschichte des 1. Mai: Solidarität hilft bei der Schaffung einer gerechteren Arbeitswelt.

Es ist Zeit für mehr Solidarität!

Man muss sich Zeit nehmen für die Solidarität, und gleichzeitig ist es an der Zeit, Solidarität zu zeigen: Arbeitsplätze sollen verlagert werden, obwohl mit ihnen gute Erträge gemacht werden, neue Geschäftsfelder werden hier entwickelt, aber woanders realisiert. Gleichzeitig führt das keineswegs zu einer gerechteren Verteilung der Arbeit oder gar des Reichtums. Die soziale Polarisierung nimmt zu! Auch in Erlangen, wie der Sozialbericht der Stadt gezeigt hat.

Zeit für mehr Solidarität verlangt u.a. mehr und angemessene Arbeitsmöglichkeiten für Menschen, die aus einer Arbeitswelt mit extremen Leistungsanforderungen und einer maximalen Flexibilität „aussortiert“ wurden. Weil sie krank wurden, weil sie den sozialen Zusammenhalt verloren haben oder weil sie nie die Chance hatten, den immer weiter steigenden Qualifikationsanforderungen gerecht zu werden.

Gute Arbeit durchsetzen – Mitbestimmung stärken!

Solidarität hilft bei der Durchsetzung von Arbeitnehmer-Interessen im Betrieb. Gewerkschaften haben Mitbestimmungsrechte für gewählte Betriebs- und Personalräte in den Betrieben durchgesetzt. Sie reichen aber angesichts von „Industrie 4.0“ und der digitalen Vernetzung der Dienstleistungsbereiche nicht aus. Mit der Spaltung in Stammbelegschaften, Leiharbeitnehmer, Werkverträge und Praktika werden Belegschaften gegeneinander ausgespielt. Unglaublich genug: die aktuellen Erhebungen über die Einkommen von Männern und Frauen zeigen, dass Frauen immer noch für gleiche Arbeit weniger Geld bekommen.

DGB

Gerechte Renten und bezahlbarer Wohnraum!

Die Schaffung eines Niedriglohnsektors kommt uns immer teurer zu stehen. Mit der Abschaffung des Generationen-Ver-

Fortsetzung auf Seite 3

01.05.	11:30	Demonstration zum Tag der Arbeit	Gewerkschaftshaus	S. 12
01.05.	12:30	Kundgebung zum Tag der Arbeit und Maifest	Neustädter Kirchenplatz	S. 12
03.05.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	
04.05.	20:00	Veranstaltung Fluchtursachen	Herzogenaurach, Restaurant Kastanie	S. 3
10.05.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 10
10.05.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 10
15.05.	15:00	Distrikt Anger-Bruck: Treffen auf der Bergkirchweih	Schächtner‘s Zelt	S. 10
18.05.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenheim	S. 10
18.05.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Zur Einkehr	S. 11
31.05.	19:00	Veranstaltung „Wem gehört der öffentliche Raum“	Ort steht noch nicht fest	S. 5
14.06.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung		S. 10
14.06.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung		S. 10
15.06.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Biergarten Röthelheim	S. 10
23.06.	20:00	Kreismitgliederversammlung		

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Patrick Rösch
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag	geschlossen
Dienstag	13:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	13:00 bis 16:00 Uhr
Freitag	10:00 bis 12:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzende: Barbara Pfister
Geschäftsführer: Patrick Rösch
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag	09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch	09:00 bis 13:00 Uhr
Donnerstag	09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Gerhard Carl, Bernd Döbbelin, Monika Fath-Kelling, Wolfgang Niclas, Martina Stamm-Fibich, Kerstin Westphal

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

trags in der Rentenpolitik zu Gunsten eines Versicherungsprinzips wurden die Grundlagen für wachsende Rentenarmut geschaffen. Selbst wer sein Leben lang den Mindestlohn erhält, bekommt nach 40 Versicherungsjahren und Vollzeitarbeit eine Rente unterhalb des Hartz-IV-Niveaus! Rentenarmut wird für einen wachsenden Teil unserer Gesellschaft programmiert. Die Erlanger Mieten können Viele dann schon länger nicht mehr zahlen. Die letzten Jahrzehnte wurde der öffentliche Wohnungsbau zu einem Randdasein herunter gefahren. Jetzt fehlen erschwingliche Wohnungen in fast allen prosperierenden Ballungsräumen.

Solidarität gegen rechten Populismus
Angst vor sozialem Abstieg ist in allen Schichten unserer Gesellschaft vorhanden. Wenn die soziale Fallhöhe zunimmt, wenn die sozialen Sicherungslinien immer weiter nach unten gedrückt werden, wenn Leistungs- und Konkurrenzdruck immer härter werden – dann nehmen sich immer weniger Menschen Zeit für solidarische Lösungen. Mit der europäischen Wirtschaftskrise und kriegsgeschuldeter Flüchtlingsnot sind in ganz Europa antieuropäische, nationalistische und rechtsradikale Kräfte stärker geworden. Mit der AfD ist eine populistische rechtsradikale Partei auch in Deutschland entstanden. Diese Entwicklung stellt eine Gefahr für die Demokratie und den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands und Europas dar.

ZEIT FÜR MEHR SOLIDARITÄT !

Für solidarisches Arbeiten und Leben organisieren die Gewerkschaften den 1. Mai! Machen Sie mit! Kommen Sie zur 1.-Mai-Veranstaltung des DGB in Erlangen!

11:30 Uhr: 1.-Mai-Zug ab Gewerkschaftshaus in der Friedrichstraße
12:30 Uhr: 1.-Mai-Kundgebung erstmals auf dem Neustädter Kirchenplatz

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Juni 2016
20. Mai 2016

Fluchtursachen: Kann man verhindern, dass Menschen fliehen?

Veranstaltung von Martina Stamm-Fiebich am Mittwoch, 4. Mai, 20 Uhr, Herzogenaurach, Restaurant Kastanie, Bamberger Straße 2a

60 Millionen Menschen befinden sich weltweit auf der Flucht. Sie flüchten vor Kriegen und Konflikten oder weil sie wegen ihres Glaubens, ihres zivilgesellschaftlichen, politischen Engagements oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden. Andere Menschen fliehen vor Perspektivlosigkeit, Armut und Hunger.

Die Ursachen für eine Flucht sind vielschichtig. Sie benötigen daher auch eine vielschichtige Antwort, die neben der Entwicklungszusammenarbeit auch die Förderung der Demokratisierung, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte enthalten muss. Nicht zuletzt können die Industrieländer durch fairen Handel dazu beitragen, Armut in Entwicklungsländern zurückzudrängen. Die Zahl der sogenannten Klimaflüchtlinge wird in der Zukunft deutlich zunehmen – als Folge von zunehmendem Extremwetter und Naturkatastrophen aufgrund des Klimawandels.

Kriegsflüchtlinge in Flüchtlingslagern brauchen vor Ort eine gute Versorgung und Perspektiven wie den Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Bildung für ihre Kinder.

Die Weltgemeinschaft hat mittlerweile erkannt, dass die Unterstützung der Flüchtlinge in den Aufnahmeländern ein wesentlicher Beitrag dafür ist, damit die Menschen nicht ihre Flucht fortsetzen müssen. Darauf müssen wir jedoch weiter aufbauen. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, Fluchtursachen nicht nur akut, sondern auch dauerhaft und nachhaltig zu bekämpfen.

Wir wollen mit Ihnen darüber ins Gespräch kommen, wie wir noch stärker dafür sorgen können, dass Menschen nicht fliehen müssen.

Wir laden Sie zu dieser Diskussion ganz herzlich ein!

Programm:
- 20 Uhr: Begrüßung, Martina Stamm-Fibich MdB
- 20:10 Uhr: Impulsreferat Fluchtursachen, Gabriela Heinrich, MdB, stv. Entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion
- 20:30 Uhr: Diskussions- und Fragerunde mit Gabriela Heinrich MdB, Jochen Moninger, Innovation Manager, Welthungerhilfe und Helmut Hetzel, leitender Pfarrer Seelsorgebereich Herzogenaurach. Moderation: Martina Stamm-Fibich, MdB
- 21:45 Uhr: Fazit und Schlusswort, Martina Stamm-Fibich, MdB

Anmeldungen bitte an:
martina.stamm-fibich@bundestag.de
oder telefonisch unter 09131/812 65 -33.

FRAKTION VOR ORT

EINLADUNG ZUR DISKUSSION

Fluchtursachen – Kann man verhindern, dass Menschen fliehen?

mit **Martina Stamm-Fibich,** MdB und **Gabriela Heinrich,** MdB,
stv. entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion,
und weiteren Gästen

Am Mittwoch, den 04. Mai 2016, um 20:00 Uhr,
im Saal des Restaurants „Kastanienbaum“,
Bamberger Str. 2, 91074 Herzogenaurach

Wir laden Sie zu dieser öffentlichen Veranstaltung
ganz herzlich ein und freuen uns auf Ihr Kommen.

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Zum stets aktuellen Problem des gerechten Bodenrechts

Von Bernd Döbbelin

Seit einigen Monaten wird in der Republik wieder über bezahlbaren Wohnraum für Jedermann diskutiert. In den Ballungsgebieten sind die Mietpreise für Normalverdiener kaum noch bezahlbar. Der soziale Wohnungsbau befindet sich auf einem Tiefpunkt und auch die neuen Beschlüsse der Bundesregierung zum Wohnungsbau lassen nicht erwarten, dass Wohnen in Zukunft wieder preiswerter werden könnte.

Was läuft da eigentlich schief? Wir wissen doch alle, dass „Wohnen“ ein Grundbedürfnis der Menschen ist und deswegen auch der staatlichen Unterstützung bedarf. Und da spielt das Bodenrecht eine große Rolle.

Ein kleines Beispiel: Wenn heute eine 100-m²-Wohnung in Erlangen 400.000 Euro kostet, dann belaufen sich die anteiligen Grundstückskosten nicht selten auf 100.000 Euro. Dies bedeutet, dass die Grundstückskosten zu einem Viertel den Kaufpreis und damit auch die Miethöhe bestimmen.

Die Grundstückskosten sind aber deshalb so hoch, weil die „Planungsgewinne“ dem jeweiligen Alt-Eigentümer (meist steuerfrei) zufallen. Wenn z.B. eine landwirtschaftliche Fläche, die zunächst einen Wert von 10 Euro/m² hat, dann steigt bei der Ausweisung dieser Fläche als Bauland der Kaufpreis auf 300, 400 oder mehr Euro/m². Und zwar ohne irgendwelche Leistungen des Grundstückseigentümers. Deswegen stellt sich die Frage: wem steht der Planungsgewinn zu? Dem Alteigentümer, der Allgemeinheit oder dem Neueigentümer (beim Weiterverkauf)?

Wenn es uns gelingt, durch ein geeignetes Bodenrecht die Planungsgewinne für die Alteigentümer zu vermindern, dann können wir auf diesem Wege auch die Mieten für Wohnraum senken. Eine Halbierung der anteiligen Grundstückskosten bewirkt bei dem obigen Beispiel eine (mögliche) Verringerung der Miete um 12,5 Prozent.

Von der SPD wurde auf dem Saarbrücker Parteitag 1970 eine Kommission für die Neuordnung des Bodenrechts eingesetzt. „Du machst Bodenrecht, Bodenrecht und nochmals Bodenrecht“, so hatte Kanzler Willy Brandt dem damaligen Städtebauminister Hans-Jochen Vogel seinen wichtigen Reformpunkt ans Herz gelegt. Das Projekt ist schließlich an dem Widerstand der FDP im Zusammenhang mit den damaligen Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer Bundesregierung gescheitert. Das Problem ist aber nach wie vor aktuell.

Die damalige politische Diskussion wird in der Publikation „Materialien zur Sozialdemokratie in Erlangen 1972 bis 1996“ dargestellt. Das Buch ist zum Preis von 20 Euro zu erwerben – in der SPD-Geschäftsstelle, in der SPD-Fraktion im Rathaus, in der Buchhandlung „Ex libris“ und bei „Rupprecht“, sowie im Onlineshop des Verlags „Palm & Enke“ (shop.palmundenke.de).

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Mai Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

03.05. Soraya Löwe
60 Jahre

05.05. Genoveva Vogl
55 Jahre

08.05. Günter Braun
77 Jahre

10.05. Markus Staedtke
55 Jahre

12.05. Michael Stoisiek
70 Jahre

17.05. Ute Preuß
76 Jahre

19.05. Peter Zorec
70 Jahre

25.05. Gerlinde Uhl
81 Jahre

26.05. Kristin Zehlein
55 Jahre

26.05. Elli Pöschl
78 Jahre

26.05. Heide Mattischeck
77 Jahre

27.05. Karin Sichel
74 Jahre

27.05. Hannelore Stahlschmidt
70 Jahre

27.05. Karin Achtelstetter
55 Jahre

Anke Steinert-Neuwirth soll Referentin werden

Die SPD-Stadtratsfraktion schlägt Anke Steinert-Neuwirth als neue Referentin für Bildung, Kultur und Jugend der Stadt Erlangen vor. Sie soll ab März 2017 die Nachfolge von Dr. Dieter Rossmeissl antreten, der dann in den Ruhestand gehen wird.

„Wir sprechen uns für Anke Steinert-Neuwirth aus, weil sie sich in ihrer

langjährigen Tätigkeit bei der Stadt Erlangen überzeugend und kompetent für die Themen eingesetzt hat, die für uns in diesem Referat im Zentrum stehen: Chancengleichheit, Dialog, soziale und kulturelle Teilhabe“, begründet die SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister den Personalvorschlag der Fraktion.

Anke Steinert-Neuwirth leitet seit 2014 das Kulturamt der Stadt und war zuvor Leiterin des Kulturprojektbüros bzw. der Abteilung „Bildende Kunst und Kulturelle Programme“, wo sie auch für die Erlanger Festivals wie das Poetenfest oder den Comicsalon, aber z.B. auch die Schlossgartenkonzerte verantwortlich war. In ihrer langjährigen beruflichen Laufbahn war sie auch schon für das Jugendamt der Stadt, als städtische Gleichstellungsbeauftragte und in der Erwachsenenbildung tätig. Sie kennt also alle Bereiche ihres Referats bestens.

Die Wahl ist für die Stadtratssitzung am 11. Mai vorgesehen.

Auf die Plätze! Fertig? Los!

Liebe Genossinnen und Genossen,
Ende Mai starten wir unsere Veranstaltungsreihe „Auf die Plätze“. Wir wollen uns darin mit Plätzen und Begegnungsräumen in Erlangen beschäftigen. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern

Oft als hässliche „Steinwüste“ kritisiert: Der Rudeltplatz in Büchenbach

loten wir aus, was es zu verbessern gibt und wie Plätze gestaltet werden können.

Wo braucht es mehr Grün und Beschattung? Wie sieht es mit der Barrierefreiheit aus? Wo gibt es Konflikte, weil Menschen feiern, wo andere Ruhe wollen? Wo ist Platz für Bewegung und Spiel? Wodurch können Plätze so gestaltet werden, dass man gerne darauf verweilt? Beispiele gibt es massenhaft, sicher fällt jeder und jedem von euch dabei sofort ein Platz ein.

Wir starten mit einer Auftaktveranstaltung in diese Reihe:

„Wem gehört der öffentliche Raum?“
31. Mai, 19 Uhr

Professor Fred Krüger (Geografie) wird uns dazu eine Einführung geben. Im Anschluss daran sollen in einer Diskussion VertreterInnen verschiedener Interessen zu Wort kommen – aber auch das Publikum ist aufgefordert, mit zu diskutieren. Bitte merkt euch diesen Termin vor.

Der Ort stand bei Redaktionsschluss des Monatsspiegels noch nicht fest. Bitte entnehmt ihn der Presse, dem E-Mail-Verteiler oder den entsprechenden Plakaten.

Klarstellung: Kein CETA ohne Zustimmung der Parlamente!

Von Kerstin Westphal
Europaabgeordnete

In der Berichterstattung zum Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) wird immer häufiger erwähnt, dass die EU-Kommission voraussichtlich im Mai beschließen wird, dass CETA teilweise quasi vorläufig und ohne Zustimmung der Parlamente in Kraft gesetzt werden soll. Dies entspricht nicht der Wahrheit!

Die Gerüchte, dass Handelsabkommen ohne Parlamentsbeteiligung durchgedrückt werden, sind schlichtweg falsch. CETA wird ein sogenanntes „gemischtes Abkommen“ werden, weil dort auch nationalstaatliche Zuständigkeiten berührt werden. Im Fall eines gemischten Abkommens wird der EU-Teil eines Handelsabkommens nach der Ratifizierung durch das Europäische Parlament zunächst nur vorläufig angewendet. Dies bedeutet, dass nur diejenigen Teile des Abkommens, die alleinige EU-Zuständigkeit sind, in Kraft treten. Aber wie gesagt: Erst nach einer Entscheidung des Europäischen Parlaments! Über die nationalstaatlichen Themengebiete entscheiden dann in Deutschland der Bundestag und der Bundesrat. Erst nach der Ratifizierung des Handelsabkommens in allen 28 Mitgliedstaaten tritt das gesamte Abkommen dann endgültig in Kraft.

Wir werden jetzt den rund 1.600 Seiten starken Vertragstext ausführlich und ergebnisoffen analysieren. Ich werde mein Abstimmungsverhalten von der Erfüllung unserer sozialdemokratischen Forderungen abhängig machen. Sollte der Vertragstext unsere Forderungen nicht berücksichtigen, werde ich mit Nein stimmen!

Weitere Informationen gibt es hier: http://www.bernd-lange.de/imperia/md/content/bezirk-hannover/berndlange/2016/ratifizierung_von_handelsabkommen_-_bernd_lange.pdf/ratifi-zierung_von_handelsabkommen_-_bernd_lange.pdf

Aus dem Bauch gesprochen:

Replik auf Gerhard Carls Beitrag „Wie retten wir Europa vor dem Abgrund“

Von Monika Fath-Kelling

Lieber Gerhard,
„... mangelt es heute an Politikern, die ihren Bürgern eine inspirierende und optimistische Vision vermitteln.“

Klingt wie vieles heutzutage erstmal gut. Ist es auch richtig? Ich meine nein.

Natürlich benötigen wir eine optimistische Vision unserer Zukunft, um unsere politischen Ziele daran ausrichten zu können. Aber: Es ist nicht Aufgabe der Politiker, diese Vision zu liefern, damit sie „das Volk“ konsumieren, goutieren oder schlicht für selbstverständlich halten kann. Aufgabe der Politik ist die Exekutive. Also die Arbeit an der praktischen Umsetzung der vom „Volk“ angepeilten Ziele.

Du stellst zu recht fest, dass „... die politische Klasse des Kontinents nicht nur auf Krisen reagieren“ darf. Aber wieso ist die politische Klasse zum Steigbügelhalter wirtschaftlicher Interessen verkommen? Diese Behauptung klingt erst mal hart, ist aber real. Und hat konkrete Ursachen. Unter anderem die, dass heute nicht mehr politische Vorstellungen um die Gunst „des Volkes“ konkurrieren, sondern global, also grenzenlos agierende Finanzkonglomerate die weiterhin in der „Regionalität“ feststeckende Poilitik vor sich hertreiben können. Ich stimme dir völlig zu, dass die „Rückbesinnung aufs Nationale“ die schlechteste unter allen möglichen Reaktionen auf diesen Umstand ist. Nur wie „... sein wirtschaftliches Haus ein für alle Mal in Ordnung bringen“? Du mahnst „... echte Reformen, die an die Wurzel der Probleme gehen“, an. „Gut gebrüllt Löwe“ sage ich da.

Die Wurzel des Problems liegt in der (freiwilligen!) Unterwerfung der Politik unter den Glaubenssatz „it's the economy, stupid“. Als wäre es allein die Wirtschaft, die florieren muss, damit das Leben allerorten blüht und gedeiht. Seitdem wird das gesamte gesellschaftliche Leben vermessen, verdatet und verkauft. Immer diktatorischer wird das Credo der Ökonomen gebetet, die Algorithmisierung aller Lebensbereiche geduldet, gefördert und als allein selig machende Weisheit gepriesen. Perfiderweise lassen sich auf Selbstoptimierung getrimmte Zombies (das sind viele von uns schon geworden!) eben nicht mehr zu „...unbedingter Zusammenarbeit“ verpflichten. Denn Zusammenarbeit würde ein gemeinsames Ziel voraussetzen. Wir brauchen gar nicht mehr „... den illusorischen Versprechungen glückseliger nationaler Selbstbezogenheit erliegen“ weil wir längst der totalen Selbstbezogenheit (unter dem Begriff individueller „Freiheit“) erlegen sind! Insofern wäre der Schritt hin zu nationaler Bezogenheit in gewisser Weise schon wieder ein Fortschritt, weil ein Schritt weg von der totalen Isolierung im Wahn des „freien Individuums“.

Der Mensch ist ein „zoon politikon“ sprich ein soziales Wesen. Das rasante Zunehmen der psychisch burn-out-Erkrankten ist ein ernster Hinweis darauf. Was könnte das Ruder noch herumreißen?

Politiker: Entzaubert die Finanzoligarchie und besteht auf dem Primat der Politik! Verträge, die das langfristige Allgemeinwohl gefährden oder es gar kurzfristigen Profitinteressen opfern, haben keine Rechtsgrundlage, weil sie menschenverachtend wirken. Das wäre ein Anfang. Politik sollte diese Maxime beherzigen, solange sie noch handlungsfähig ist, denn das Zeitfenster der Handlungsfähigkeit wird zusehends kleiner.

Laß uns wenigstens die Hoffnung auf Änderungsmöglichkeiten weitertragen, Gerhard.

In diesem Sinne: Freundschaft!

Steuergerechtigkeit

Von Gerhard Carl

Von jeder Lohnerhöhung greift der Staat so viel ab, dass kaum etwas übrig bleibt. Das ist ungerecht, finden die Gewerkschaften und fordern deshalb zu Recht eine Steuerentlastung für Arbeitnehmer.

Es ist unbestritten, dass der Staat Einnahmen benötigt, um seine Aufgaben zu finanzieren. Doch die Steuerbelastung ist völlig ungerecht verteilt und trifft vor allem kleine und mittlere Einkommen.

Die Steuern sind in den letzten Jahren nicht erhöht worden und die Löhne gestiegen – warum haben die ArbeitnehmerInnen trotzdem weniger im Portemonnai? Das liegt an der „kalten Progression“. Sie frisst einen großen Teil der Lohnerhöhungen auch ohne Steuererhöhungen klammheimlich wieder auf. Ein Beispiel: Bei einer Preissteigerungsrate von zum Beispiel 2 Prozent und einer Lohnerhöhung in gleicher Höhe muss ein Singlehaushalt mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 32.000 Euro jetzt 94 Euro mehr Steuern bezahlen, obwohl er real gar nicht mehr in der Tasche hat. Anders ausgedrückt: Trotz Lohnerhöhung kann man sich weniger leisten als zuvor.

Wie funktioniert überhaupt die „kalte Progression“?

Bei steigendem Einkommen steigt automatisch der Steuersatz. So kommt es, dass zwar brutto mehr auf dem Gehaltszettel steht, praktisch aber weniger ausgegeben werden kann. Besonders spürbar ist das bei den niedrigeren Einkommen. Das ist die eine Ungerechtigkeit, dort steigt die Steuerkurve besonders steil an. Bezieher von hohen Einkommen, die unter den Spitzensteuersatz fallen, werden von der „kalten Progression“ nicht betroffen. So landet die Steuerlast von Jahr zu Jahr immer stärker auf den Schultern von „Otto Normalverbraucher“.

Der Eindruck, dass Steuer- und Abgabenlast eigentlich niedriger ist als früher ist falsch. Der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttosozialproduckt erreicht Höchststände. Zudem stehen vermeintlichen Erleichterungen neue Belastungen entge-

gen, etwa durch die private Altersvorsorge oder durch die Schwierigkeit, für seine Kinder überhaupt noch eine volle Bafög-Förderung zu bekommen. Wer heute nur ein Drittel mehr verdient als der Durchschnitt, landet bereits beim Spitzensteuersatz – darunter beispielsweise auch Tarifbeschäftigte in der Metallindustrie.

Ist das in Zeiten ordentlicher Entgelterhöhungen wirklich so schlimm?

Auf den ersten Blick sind die Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren kaum gestiegen. Wer genauer hinsieht, merkt schnell, dass für Normal- und Geringverdiener weitere spürbare Belastungen hinzukommen. Zwar lag die Preissteigerungsrate im vergangenen Jahr nur bei 1,5 Prozent; bei Energie, Mieten und Lebensmittel stiegen die Preise im Durchschnitt allerdings wesentlich stärker. Allein die Stromrechnung hat sich für viele seit dem Jahr 2000 nahezu verdoppelt.

Eine steuerliche Mehrbelastung ist auch deshalb nicht vertretbar, weil in Zukunft die Beiträge zur Sozialversicherung voraussichtlich weiter steigen werden. Das hängt mit der demografischen Entwicklung zusammen. Höhere Beiträge für Gesundheit, Pflege und Rente sind unvermeidbar, wenn die Zahl und der Anteil der Älteren wachsen.

Wie lässt sich dauerhaft die „schleichende Progression“ verhindern?

Schon seit Jahren gibt es die Idee eines „Tarifs auf Rädern“. Dabei würde der Steuertarif automatisch an die Preisentwicklung angepasst. Übrigens: Vergleichbare Modelle funktionieren bereits in der Schweiz, in Frankreich sowie in Kanada.

Der Staat steht vor vielen Herausforderungen, die Geld kosten. Wie kann da eine dauerhafte Abschaffung der „kalten Progression“ seriös finanziert werden? Die Politik müsste endlich – auch unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit – Themen aufgreifen, die sie seit langem vor sich her schiebt:

- die Steuerhinterziehung (100 Milliarden Euro pro Jahr),
- der Dumping-Wettbewerb um die international günstigsten Unternehmenssteuern,
- das Prinzip, dort wo Geld verdient wird, müssen auch die Steuern bezahlt werden, muss endlich europaweit umgesetzt werden.
- die längst überfällige Transaktionssteuer,
- die Abgeltungssteuer, bei der Kapitaleinkünfte nur mit 25 Prozent versteuert werden,
- die im internationalen Vergleich niedrige Erbschaftssteuer bis hin
- zur Vermögenssteuer.

Eine konsequente Umsetzung würde mögliche Einnahmeausfälle durch den Wegfall der „kalten Progression“ gleich mehrfach ausgleichen.

Wäre mit der Abschaffung der „kalten Progression“ Steuergerechtigkeit hergestellt?

Nein. Das wäre nur ein erster, aber wesentlicher Schritt. Im zweiten Schritt brauchen wir eine grundsätzliche Reform, die den „Mittelstandsbauch“ abschafft. Die Steuerbelastung zwischen derzeit 14 und 42 Prozent steigt nämlich nicht gleichmäßig, sondern gerade im unteren und mittleren Teil besonders steil an. Das ist ungerecht und muss mittelfristig geändert werden.

Informationsdienst der SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

RATHAUS TELEGRAMM

Fraktionsvorstand im Amt bestätigt

Mit deutlicher Mehrheit hat die SPD-Fraktion ihren Vorstand im Amt bestätigt: Barbara Pfister erhielt als Fraktionsvorsitzende 13 von 14 abgegebenen Stimmen. Auch Philipp Dees (13 Stimmen) und Ursula Lanig (12) als stellvertretende Vorsitzende wurden wiedergewählt.

„Wir wollen die erfolgreiche Arbeit gemeinsam mit dem Oberbürgermeister für Erlangen fortsetzen", hatte Barbara Pfister vor der Wahl die Ziele für die nächste zweijährige Amtszeit des Vorstands und die Arbeit der Fraktion skizziert. „Auf dem Weg zur ‚Stadt für alle' sind wir in den vergangenen zwei Jahren gut vorangekommen, zum Beispiel mit der Einführung des ErlangenPass. Es gibt auch noch viel zu tun: z. B. die Wohnungsbauoffensive weiterzuführen und Kultur- und Freizeitangebote noch besser für alle Menschen zugänglich zu machen. Einen großen Schritt werden wir in der nächsten Zeit mit der

Einführung von Stadtteilbeiräten machen: Damit wird es mehr Möglichkeiten für die Menschen geben, ihren Stadtteil mitzugestalten.

Eine weitere wichtige Personalie hat die Fraktion im Umfeld der Vorstands-Neuwahl getroffen: Nachfolgerin von Dr. Dieter Rossmeissl als Referent für Kultur, Jugend und Bildung soll ab Frühjahr 2016 die derzeitige Kulturamtsleiterin Anke Steinert-Neuwirth werden (ausführlicher Bericht folgt). ■

Weg frei für die StUB!

Gründung des Zweckverbandes Stadt-Umland-Bahn

Das deutliche Votum der Erlangerinnen und Erlanger für die Stadt-Umland-Bahn (StUB) hat den Weg für das Verkehrsprojekt freigemacht. Mit dem anschließenden Beschluss des Stadtrats, gemeinsam mit Herzogenaurach und Nürnberg einen Zweckverband zu gründen, kann jetzt die genauere Planung für die Bahn beginnen. „Über 60 Prozent für die StUB sind ein klares Signal: Erlangen will endlich ein modernes Verkehrssystem", kommentierte SPD-Verkehrssprecherin Felizitas Traub-Eichhorn den Ausgang des Bürgerentscheids: „Mit der Stadt-Umland-Bahn wird der Erlanger Nahverkehr ein starkes Rückgrat bekommen. Die Metropolregion und die wichtigen Standorte von Siemens und der Universität, aber auch der großen Unternehmen in Herzogenaurach werden mit wichtigen Wohngebieten verbunden."

Der Zweckverband wird nun die Planungen für die StUB weiterführen.

Dafür sind etwa 5 Jahre vorgesehen, in denen die Trassenführung genau festgelegt und ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird. Wenn sich im Rahmen der Planungen keine erheblichen Abweichungen (z.B. deutliche Kostensteigerungen) ergeben und die Förderzusage eingeht, kann dann der Bau der Stadt-Umland-Bahn beginnen. ■

Erlangen SPD

Barrierefreie Toilette für die Innenstadt

Zentral auf dem Hugenottenplatz wird es künftig in der Innenstadt eine barrierefreie öffentliche Toilette geben: Der ehemalige „Beck"-Kiosk wird dafür umgebaut. Entstehen wird dabei eine Toilette, die nicht nur eine gewöhnliche barierrefreie Toilette beinhaltet, sondern die auf für Menschen mit Schwerstbehinderungen gut zu nutzen sein wird: So wird es z.B. auch eine Duschliege geben.
Mit der Toilette wird eine Forderung umgesetzt, die die SPD über viele Jahre gemeinsam mit vielen anderen, unter anderem dem Seniorenbeirat, erhoben hatte. ■

Burgberg: Verträgliche Entwicklung ermöglichen

Am Burgberg hat sich durch eine Vielzahl von genehmigten Abweichungen am Bebauungsplan (die durch den Bauauschuss vorgenommen wurden) eine ungeordnete Nachverdichtung entwickelt. Mit einem Konzept für die weitere Entwicklung am Burgberg soll dieser Prozess wieder in geordnete Bahnen gelenkt werden. Dabei geht es um einen Kompromiss zwischen dem Erhalt der historischen Bausubstanz und der Wohnqualität am Burgberg einerseits und den Interessen vieler Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer andererseits, ihre teuren Grundstücke angemessen bebauen zu können. Der Kompromiss sieht dabei vor, eine etwas höhere Bebauung als bisher erlaubt zuzulassen (etwa ein Stockwerk mehr), andererseits aber die oft nachgefragte Bebauung „in zweiter Reihe" nicht zu genehmigen, um die Gärten und damit den grünen Charakter des Burgbergs zu erhalten. Mit diesen Leitlinien bleibt der Charakter des Burgbergs als hochwertiges Wohngebiet gewahrt. ■

Herzliche Glückwünsche an Helga Steeger

Kaum zu glauben, aber wahr: am 18. März hat Helga Steeger ihren 70. Geburtstag gefeiert! In Erlangen als außerordentlich engagierte Seniorenbeiratsvorsitzende der Jahre 2008 – 2015 bekannt und geschätzt, war Helga Steeger bis 2014 auch viele Jahre als Stadträtin der SPD kommunalpolitisch aktiv. Dies schärfte, gemeinsam mit ihrer beruflichen Erfahrung als Sozialpädagogin, ihren Blick auf die Lebenswirklichkeiten insbesondere der älteren Bürgerinnen und Bürger der Stadt, und motivierte sie immer wieder, für soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und politische Beteiligung der Betroffenen einzutreten. Sie hat dazu beigetragen, den Blickwinkel auf die Situation von SeniorInnen mit Migrationshintergrund zu erweitern. Wir freuen uns, dass Helga Steeger den Seniorenbeirat auch weiterhin als aktives Mitglied mit ihrem großen Erfahrungsschatz unterstützt. ■

RATHAUSTELEGRAMM 02/2016: IMPRESSUM
Das SPD-Rathaustelegramm wird durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen erstellt,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Telefon: 09131-862225 - Fax: 09131-862181
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de - Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Verantwortlich: Barbara Pfister - Redaktionelle Gestaltung: Patrick Rösch

Erlangen SPD

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:
Martin Müller
Telefon: 09131-8146092
Mobil: 0176-70156584
martin.juergen.mueller@google-mail.com

Liebe GenossenInnen und Genossen,
dieses mal wollen wir uns zu einem lockeren Treffen auf dem diesjährigen Berg treffen.
Wann und Wo:

Pfingstsonntag, 15. Mai, 15 Uhr, Bergkirchweih,

Schächtner's Zelt

Solltet ihr verhindert sein: Meldet euch bitte bei mir.

Viele Grüße
Martin Müller

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Mittwoch, 18. Mai, 19 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung am 10. Mai, 20 Uhr, Kulisse

Die weiteren Termine unseres Distrikts bis zum Sommer: 14. Juni – 26. Juli.

Solidarische Grüße
Monika

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 15. Juni, 20 Uhr, Biergarten Röthelheim, Am Röthelheim 40c

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen.
Als **Tagesordnung** schlagen wir vor:
1. Einrichtung von Stadtteilbeiräten – eine Chance auch für uns im Süden
2. Aktuelles bundespolitisches Thema (wird auf der Sitzung festgelegt)
3. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
für den Vorstand

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 10. Mai, 19 Uhr (!!), Schlossgaststätte

Bitte neue Anfangszeit beachten!!

Tagesordnung:
1) Aktuelles
2) Praktizierter Islam in Erlangen und Tennenlohe. Informationen und Diskussion mit Mehmet Sapmaz und Idris Siddiqui.
3) Bericht von der Veranstaltung zu TTIP in Regensburg
4) Folien zum Bundesverkehrswegeplan.
5) Informationen zum SPD-Ausflug im August
6) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen:
Distriktversammlungen am 14. Juni und 12. Juli.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung vom 20. April

Aktuelles
Der Tennenlohe Bote wurde vor dem letzten Wochenende flächendeckend in Tennenlohe verteilt.

Rolf und Gertrud berichteten von der Nürnberger Tagung zur „Zukunft der Verkehrsinfrastruktur“ mit dem Bundestagsabgeordneten Martin Burkert; es gab quasi keine Themen, die Tennenlohe direkt betrafen.

Tag der offenen Tür in der neuen Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Tennenlohe
Am letzten Sonntag lud Der ASB unter Leitung von Jürgen Seiermann, in enger Kooperation mit Rolf als Sprecher des Helferkreises, die Tennenloher Bevölkerung zur Besichtigung der neuen Wohnräume für Flüchtlinge ein. Diese sollen bis Ende des Monats bezugsfertig sein. Viele Tennenloher sahen persönlich die engen Wohnbedingungen in den kleinen 8-Bett- Container-Zimmern. Rolf berichtet über anstehende Probleme bei der Kinderbetreuung und von fehlenden Kindergarten- und Schulplätzen. Auch für den Helferkreis wird weitere Unterstützung gesucht.

Bericht von der letzten Ortsbeiratssitzung
Über Themen der Ortbeiratssitzung vom 10. März waren in den letzten Wochen ausführlich in den Erlanger Nachrichten berichtet worden.

Verschiedenes
- Causa Böhmermann: Allgemeiner Tenor: Das Gedicht ist kein Highlight der Satire. Die Politik sollte sich damit nicht weiter befassen und die Beurteilung den Gerichten überlassen.
- Panamapapers: Es ist eine Sauerei
- Demo gegen TTIP am 23. April 2016 in Hannover: Gert bittet um zahlreiche Teilnahme.
- Diskussion zur Zukunft der SPD: Die Argumentation von Yannik Haan in seinem Zeitartikel wird allgemein unterstützt.

Hans Hauer

Liebe Genossinnnen und Genossen,
nachdem wir im April nicht aktiv waren, möchten wir Euch herzlich zu unserem Mai-Treffen einladen.

Wir treffen uns am

Mittwoch, 18. Mai, 20 Uhr, Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:
1. Aktuelles
2. Im Mittelpunkt steht das Thema „Türkei“. Vielfältige Aspekte sind für die deutsche Politik relevant (z. B.die deutsche Flüchtlingspolitik, das Verhältnis zur EU, die dortige Entwicklung demokratischer Strukturen usw.). Zafer Titiz wird in das Thema einführen und unser Gesprächspartner sein.
3. Berichte aus Fraktion, Kreisvorstand und Ortsbeirat
4. Verschiedenes

Nutzt die Chance der Beschäftigung mit dem Thema! Wir freuen uns über Euer Kommen!!

Im Auftrag des Vorstands
Gerd

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

www.dgb.de/erstermai2016

1. MAI 2016

VIEL ERREICHT UND NOCH VIEL VOR!

DGB

ZEIT FÜR MEHR SOLIDARITÄT

1. MAI 2016 IN ERLANGEN

11:30 Uhr Auftakt am Gewerkschaftshaus, Friedrichstraße

- Laute und bunte Maidemonstration mit der Trommelgruppe **„Blechbadscha“**

NEU

12:30 Uhr Kundgebung am Neustädter Kirchenplatz

Auftakt	**Wolfgang Niclas**	Vorsitzender DGB Erlangen
Grußworte	**Dr. Florian Janik**	Oberbürgermeister Stadt Erlangen
	Bilkiss Atchia-Emmerich	stellv. Vorsitzende Ausländer- und Integrationsbeirat Erlangen

Beiträge aus Erlanger Betrieben

Hauptredner
Robert Günthner
Abteilungsleiter Grundsatz, DGB Bayern

Bis 16:30 Uhr: Buntes Maifest

- Live-Musik mit **Hot Box**
- Kabarett
- Station der „Rädli Tour“
- Betriebsstammtische
- Infomeile nahestehender Organisationen
- Kinderprogramm Hüpfburglandschaft
  Clown- und Zirkusprogramm mit **Francesca Mimosa Furiosa**
- Essen und Getränke
- Infos und Kontakte
- Sowie vieles mehr!

Mai-Pins gelten am 1. Mai als VGN-Ticket in der Zone Z (Erlangen)

www.mittelfranken.dgb.de

V.i.S.d.P.: Stephan Doll, DGB Region Mittelfranken, Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg, Tel. 0911/249166